

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 543

Mittwoch, 02. Oktober 2013

20. Jahrgang

Das Recht auf Versorgung mit elektrischer Energie

Im folgenden geben wir einen Artikel von Ollantay Itzamná wieder, der unter anderem durch die Kommission Frieden und Ökologie (COPAE, www.copaeguatemala.org) aus San Marcos, Department San Marcos, Ende August verbreitet wurde, zusammen mit vielen Grüßen aus dem Westen Guatemalas.

Am vergangen 21. August demonstrierten etwa 60'000 organisierte, guatemalteckische Indigene und BäuerInnen in gleichzeitig 18 Städten des Landes für ihre Forderung nach einer Nationalisierung der elektrischen Energie. Sie marschierten mehrere Kilometer mit ihren Plakaten, bevor sie, in ihre bunten Trachten gekleidet, in eine jede der grösseren Städte eintrafen, um die Regierung und die städtische Bevölkerung daran zu erinnern, dass im neoliberalen Guatemala die Würde und das Sozialbewusstsein auch im ländlichen Raum vorhanden sind.

Warum aber fordern sie die Nationalisierung der elektrischen Energie, wo doch 63 % der Haushalte des Landes Holz als Hauptenergiequelle nutzen? Was zwingt die BäuerInnen und Indigenen dazu, sich in Widerstandsgemeinden zu organisieren und sich gegen die ausländischen Unternehmen der Energieversorgung zu stellen – und das unter so ungleichen Bedingungen?

Wann verwandelte sich das Recht auf elektrischen Strom in eine Handelsware in Guatemala?

Die Erzeugung, der Transport und die Verteilung von elektrischer Energie hat sich in vielen Teilen der Welt als ein sicheres und lukratives Geschäft für multinationale Unternehmen erwiesen. Obwohl die Vereinten Nationen (VN) in ihrer Resolution N. 65/151 aus dem Jahr 2010 festlegen, dass der Zugang zu elektrischer Energie ein grundsätzliches Menschenrecht ist, schafften es die transnationalen Firmen und Unternehmen mit Hilfe der neoliberalen Regierungen, dieses Grundrecht in eine profitable Handelsware zu verwandeln und somit die schon fast leeren Taschen der Verarmten gänzlich zu entleeren. In Guatemala war der Sektor der elektrischen Energie bis zu den 1950ern vollkommen durch die Bananenbetriebe Nordamerikas und anderer Länder monopolisiert. Der Präsident Jacobo Árbenz (1951-1954) erhöhte den Einfluss des Staates auf den Energiesektor bei dem Versuch, den Zugang zu elektrischer Energie zu erweitern. So wurde das erste staatliche Wasserkraftwerk begonnen, was allerdings durch den Militärstreich 'made in USA' und die Absetzung von Árbenz 1954 zunichte gemacht wurde.

Jahre später und aufgrund des fehlenden Willens des privaten Wirtschaftssektors, das Land zu elektrifizieren, schuf der nunmehr geschwächte Staat im Jahr 1959 das *Nationale Institut der Elektrizität* (INDE). Diese Institution, die derzeit zusammen mit der *Empresa Electrica de Guatemala S.A.* (EEGSA) 80 % des vom Land konsumierten Stromes erzeugt, baute die Infrastruktur und Verkabelung auf, die für den Transport und die Verteilung dieser Dienstleistung notwendig sind.

1996 zerstückelte der damalige, neoliberale Präsident Álvaro Arzú das INDE und übergab die Aufgabe der Stromverteilung an private Unternehmen, mit der Be-

Inhaltsverzeichnis

Recht auf Versorgung mit elektrischer Energie	1
40 Jahre Haft wegen Verschwindenlassen von Fernando Garcia....	3
Óscar Berger bestreitet, dass die Tötung der Angeklagten von Pavón geplant wurde.....	4
Datenbank von identifizierten Verschwundenen und Opfern	5
Verschwundene Gewehrkgeln	5
Eine Karte der organisierten Kriminalität.....	6

gründung, die Dienstleistung zu modernisieren und auszuweiten. Dies geschah auch aus wirtschaftlichem Druck durch den *Internationalen Währungsfond* und die *Weltbank*.

In diesem Moment begann die lange und traurige Geschichte der neoliberalen Dunkelheit Guatemalas. Warum wurde nicht die Stromerzeugung oder der Transport privatisiert, wo doch genau in diesen Punkten wirtschaftliche Investitionen nötig waren? Die Stromverteilung an sich benötigte keine wesentlichen Investitionen. Die elektrische Energie war ja schon da (geschaffen durch das INDE), genauso wie die Stromvernetzung. Man brauchte eigentlich nur noch die Rechnungen auszudrucken und von den NutzerInnen bezahlen zu lassen. War es denn nicht vielmehr ein gutes Geschäft mit böser Absicht, das gegen das Wohl des guatemalteckischen Volkes zielte?

Die spanische Korporation Unión Fenosa und der Betrug der Privatisierung

Das spanische Unternehmen Unión Fenosa, gegründet im Jahr 1912, ist zurzeit eines der gigantischen multinationalen Unternehmen in dem lukrativen, wachsenden Geschäft mit der elektrischen Energie. Unión Fenosa ist in vielen Ländern Lateinamerikas und Europas vertreten. In verschiedenen Ländern, wie zum Beispiel Guatemala und Mexiko, ist das Unternehmen berühmt dafür, soziale Unruhen unter unzufriedenen NutzerInnen zu entfachen.

Im Jahr 1998 wurde an dieses Unternehmen unter dem Namen Unión Fenosa Deocsa-Deorsa das Recht zur Stromverteilung auf nationalem Territorium vergeben. Dabei durfte sie die Infrastruktur des INDE nutzen und von finanzieller staatlicher Unterstützung profitieren. Im Gegenzug versprach Unión Fenosa das dunkle Guatemala zu erhellen. Die Firma versprach ausserdem, das Stromnetz zu erweitern.

Um dieses messianische Versprechen zu erfüllen, wurde ein Fonds geschaffen, in dem 300 Millionen Dollar eingingen, 195 Millionen Dollar kamen dabei vom Staat Guatemala und 105 Millionen Dollar von der internationalen Zusammenarbeit. Allerdings wurde das Geld in die USA überwiesen, damit die korrupte Firma ENRON den Fond verwaltet. ENRON besass zu diesem Zeitpunkt bereits eine starke Präsenz auf dem Energiemarkt in Guatemala. Was passierte mit diesem Fonds? Niemand in Guatemala weiss es.

Sicher ist, dass Unión Fenosa Deorsa-Deocsa nicht nur durch die kostenlose Nutzung der staatlichen Stromnetzinfrastruktur Gewinn machte, sondern auch noch davon profitierte, dem Staat keine Entschädigung für das an die Firma übergegangene Geschäft zu zahlen und obendrein den Geldfonds und jährliche finanzielle, staatliche Unterstützungen für die Elektrizität für sich zu beanspruchen.

Gemäss Daten der Arbeitergewerkschaft des INDE kaufte Unión Fenosa Deorsa-Deocsa elektrische Energie für 0,66 Quetzales pro Kilowattstunde vom INDE. Den Strom verkaufte sie dann für 1,98 Q pro Kilowattstunde, ohne auch nur einen Cent investiert zu haben. Das bedeutet, dass die Stromverteilungsfirma 1,23 Q (sprich 0,16 US-\$) pro Kilowattstunde verdiente. Heute sieht der Stromhandel unter dem englischen Unternehmen ACTIS (Energuate) auch nicht anders aus.

In Guatemala kostet eine Kilowattstunde elektrischen Stroms für die VerbraucherInnen 0,23 US-Dollar. In anderen Ländern Latein- und Mittelamerikas, wie Mexiko, Bolivien, Venezuela, übersteigt der Preis die Marke von 0,05 US-Dollar nicht. Für die Strassenbeleuchtung werden pro Monat 12 bis 15 Dollar gezahlt. In Honduras kostet es nicht mehr als 2 oder 3 Dollar. In Guatemala wird sogar für die Strassenbeleuchtung in Dörfern gezahlt, in denen diese Dienstleistung gar nicht existiert. Wenn das nicht Missbrauch oder Diebstahl ist, was ist es dann?

Wachsende soziale Unruhen und die Forderung einer Nationalisierung der Stromversorgung

„Vor der Privatisierung bezahlten wir zwischen 10 und 15 Quetzales pro Monat. Danach, mit der privaten Firma, erreichen die Rechnungen einen Betrag von 500 bis 700 Quetzales pro Monat. Von was sollen wir denn so viel bezahlen! Darum haben wir uns dem Kampf für die Nationalisierung der Stromversorgung angeschlossen“, klagt Don Antonio Coc, einer von Tausenden von VerbraucherInnen, die sich zum Widerstand zusammengeschlossen haben.

Mit der Privatisierung wurde die Berechnung überhöhter Preise zur Normalität. Es gibt Familien, denen bis zu 1000 Quetzales (US-\$ 120) pro Monat berechnet werden, obwohl sie nur vier Lampen besitzen. Ein Tag Arbeit auf dem Land wird mit nicht einmal 70 Quetzales entlohnt. Das geschieht in einem Land, in dem die Unternehmen aus dem Staat ihren disziplinierten Polizisten machten, der auf ihre Geschäfte achtet.

Aus diesen Gründen haben seit Anfang 2000 einige Dörfer begonnen, sich örtlich zu organisieren und die Stromzähler der Firma abzuschalten, um sich direkt an das Stromnetz anzuschliessen. Später, im Jahr 2008, übernahm das *Komitee der Bäuerlichen Entwicklung* (CODECA) die Forderung seiner Mitglieder nach Nationalisierung der Stromversorgung in ihr Programm. CODECA ist eine Bewegung der Indigenen und BäuerInnen und ist in 19 der 22 Departments vertreten, d.h. mehr als 700 Dörfer und mehr als 100 Stadtbezirke sind im Widerstand organisiert. „Der einzige Ausweg aus diesem Missbrauch ist, dass die Stromverteilung wieder in die Hände des INDE gelangt“, gibt Don Mauro Vay, ein führender Vertreter von CODECA, an.

Das Engagement der Gemeinden für die Nationalisierung der Stromversorgung wächst unaufhaltsam in allen Ecken des

Landes. Rechtliche Grundlage für den Widerstand bilden die Artikel 44 und 45 der politischen Verfassung Guatemalas, der Artikel 55 des Allgemeinen Gesetz über Elektrizität und verschiedene VN-Beschlüsse (N° 1803, 1962 und N° 65/151, 2010), die von Guatemala ratifiziert wurden. Der Widerstand fordert das Recht auf elektrische Energieversorgung unter dem Slogan: „Die elektrische Energie ist ein Recht und keine Handelsware. Es zurückzuerlangen, ist unsere Pflicht“. Niemand weiss genau, wie viele Dörfer sich direkt an das Stromnetz angeschlossen haben. Sicher ist aber, dass Unión Fenosa Deocsa-Deorsa 2012 das Geschäft aufgab und es durch die Firma Energuate des englischen Unternehmens Actis übernommen wurde.

Die englische ACTIS verfolgt örtliche AnführerInnen und kriminalisiert die internationale Zusammenarbeit

Im Jahr 2012, nachdem Unión Fenosa Millionen von Gewinn eingefahren hatte, ohne sich dabei gross angestrengt zu haben, gab sie das Geschäft der Stromversorgung auf, da die wachsende soziale Kritik sie unter Druck setzte. Die Aufgabe wurde nun an das englische Unternehmen ACTIS vergeben, bekannt unter dem Namen Energuate.

Auch diese Firma hat bisher kaum etwas investieren müssen, aber die Stromrechnungen sorgen weiterhin dafür, dass mehr und mehr Gemeinden sich aktivieren. Im Allgemeinen führen sie örtliche Versammlungen durch, in denen schriftlich der Vorsitz festgelegt wird sowie die Ziele der Vereinigung. Sie bringen Poster in den Strassen an, auf denen man lesen kann: „Raus mit Energuate! Wie fordern eine nationale Stromversorgung.“ Danach, mit Hilfe eines örtlichen Technikers, schalten sie ihre Stromzähler ab und schliessen sich direkt an das Stromnetz an. Wenn die Techniker von Energuate zum Überprüfen kommen, werden sie nicht in das Dorf gelassen - unter dem Vorwand, dass das Dorf sich im Widerstand befinde, bis der Strom nationalisiert sei. Und so breitet sich die Protestbewegung für die Nationalisierung der elektrischen Energie über das ganze Land aus, wie Ameisen im Sommer.

Energuate ACTIS, weit entfernt davon, eine Lösung für die Folgen ihres schlechten Service und der überhöhten Preise zu suchen, hat sich penible Anwälte gesucht, die nun die ProtestlerInnen, oft analphabetische BäuerInnen, in Verruf bringen und rechtlich belangen. In den letzten Monaten wurden fünf indigene BäuerInnen-AnführerInnen und Mitglieder der CODECAs verhaftet. Ein Anführer wurde in dem Dorf La Cumbre, Department Huehuetenango, im Juli ermordet. Energuate spart nicht an Mitteln, um ihre Pressemitteilungen zu veröffentlichen. Darin werden die protestierenden Dörfer verleumdet und diffamiert, sie werden als „Stromdiebe“ bezeichnet.

Weiterhin bezahlt die Firma unzählige „BeraterInnen“, die die organisierten Gemeinden besuchen und einschüchtern. Sie bezahlt „AnalytikerInnen“ um zu verleumden und zu kriminalisieren, und zwar in den Medien der sozialen friedlichen Protestbewegung; sie wollen glauben machen, dass die Idee der Nationalisierung wahnwitzig sei. Energuate organisiert und finanziert sogar Seminare für JournalistInnen in einigen Städten des Landes! Vor einigen Monaten erschienen im Internet verschiedene Seiten, auf denen nicht nur die protestierenden Organisationen diffamiert wurden, sondern auch solidarische Agenturen der internationalen Zusammenarbeit, die CODECA unterstützen. Ihre Arbeit wurde als Einmischung verleumdet.

Aber das wirklich empörende ist, dass die Stadtverwaltungen, die Polizei und die Führer der katholischen Kirche „auf Seiten der Firma stehen“. Aus diesem Grund verwandelt sich die Schlacht um das Recht auf universellen Zugang zu elektrischen Strom mehr und mehr in einen ungleichen Krieg.

Währenddessen deckt das Stromnetz kaum 42 % des nationalen Territoriums und ist eins des kleinsten in Lateinamerika. Offizielle Daten gaben an, dass im Jahr 2011 die Menge der StromverbraucherInnen 2,7 Millionen Haushalte betrug. Allerdings überlebten weitere 2,2 Millionen Haushalte in der Finsternis und sahen zu, wie andere mit ihrem Recht auf Energieversorgung Profit schlugen. Im Guatemala des 21. Jahrhunderts nutzen noch immer 6 von zehn Haushalten Holz als Hauptenergiequelle und fast 70 % der Gesamtenergie wird durch fossile Brennstoffe gewonnen.

Diese dunkle Realität der elektrischen Energie im Land ist ein weiteres Beispiel dafür, dass dieser Sektor niemals hätte privatisiert werden sollen. Und deshalb muss die Debatte um die Nationalisierung des Energiesektors, genauso wie die Debatten um andere privatisierte Sektoren, eine Priorität für das ganze guatemalteckische Volk sein.

40 Jahre Haft wegen Verschwindenlassen von Fernando García

Guatemala Stadt, 26. Sept. Da hat die mutige Richterin Yassmín Barrios ein weiteres historisches Urteil gesprochen. Wegen des Verschwindenlassens des damals 27-jährigen Studentenführers und Gewerkschafters Edgar Fernando García am. Februar 1984 wurden zwei hochrangige Mitarbeiter der früheren Nationalpolizei (PN), Héctor Rafael Bol de la Cruz und Jorge Alberto Gómez López, zu jeweils 40 Jahren Haft verurteilt. García war an dem genannten Tag auf dem Markt El Guarda in der Zone 11 gemeinsam mit Danilo Chinchilla Fuentes verschwunden. Chinchilla trug bei dem Überfall Schussverletzungen davon und konnte jedoch als Zeuge im Prozess aussagen. Ebenfalls zu 40 Jahren Haft ver-

urteilt wurden Héctor Roderico Ramírez Ríos und Abraham Lancerio Gómez, die als Angehörige der PN direkt an der Verhaftung des Gewerkschafters beteiligt waren. Sie wurden wegen des Deliktes "erzwungenes Verschwindenlassen" verurteilt.

Barrios erklärte bei ihrer Urteilsbegründung, dass Bol und Gómez an dem Verschwindenlassen von García als Täter teilgenommen hatten. Sie argumentierte zugleich, dass Gómez, damals Chef des Vierten Corps der PN war, der damals die Entscheidungen darüber traf, wer verhaftet wurde. Die Sicherheitskräfte hätten García aufgrund seiner politischen und gewerkschaftlichen Aktivitäten als "internen Feind" eingestuft. Zugleich hat das Gericht bewiesen, dass die Nachricht über seine Verhaftung von der Militärzeitung *Diario Militar* im Jahre 1999 veröffentlicht wurde. Nach Einschätzung des Gerichts habe die Abteilung der Staatsanwaltschaft (MP) für Menschenrechte bewiesen, dass Bol de la Cruz die Operation "Säuberung und Überwachung" angeordnet hatte, die als Hintergrund für das Verschwindenlassen von García durch das Vierte Corps der PN diene. García hatte die genannte Operation überwacht.

Das Gericht belies es jedoch nicht mit der Verurteilung der Täter. Es ordnete auch an, dass in Informationsmedien, also in den Zeitungen Informationen über den historischen Kontext des Verschwindenlassens von Edgar Fernando García veröffentlicht werden müssen. Dieser Teil des Urteils wurde von der *Gruppe gegenseitiger Unterstützung* (GAM) als Nebenklägerin beantragt. Die Richterin Yasmín Barrios führte aus, dass die Veröffentlichung dann stattfinden solle, wenn das Urteil rechtskräftig sei. Der GAM-Direktor Mario Polanco erklärte, dass er einen Hintergrundtext verfasst habe und dass darin auch die Beweise, die die Staatsanwaltschaft zusammen getragen habe, zu finden sind. Der Anwalt der GAM, Mynor Alvarado, sagte, dass der von ihm eingebrachte Antrag auf "würdige Entschädigung" auch eine Analyse über die Notwendigkeit eines erneuerten Justizsystems in Guatemala beinhalten müsse, da Guatemala "als ein Land im Stadium des Postkonfliktes mit den nachfolgenden Generationen zusammenarbeiten muss, damit diese bedauerlichen Dinge nicht mehr vorkommen und ein Weg zu einem wahren sozialen Frieden geebnet werden kann."

Reaktionen

Nineth Montenegro, die ehemalige Frau von García und heutige Kongressabgeordnete, unterstrich, dass das Wichtigste an diesem Urteil sei, dass die ehemaligen Polizeichefs als diejenigen dingfest gemacht wurden, die diese Verhaftungen direkt verantworteten.

Bol de la Cruz schob seine Verurteilung auf eine "Rache der Menschenrechtsgruppen". Zugleich sagte er: "Die Richterin Barrios rächt sich an mir dafür, dass sie Ríos Montt nicht belangen konnte", da das Verfassungsgericht ihr Urteil gegen den ehemaligen Diktator einkassiert hatte. Von Reue oder Unrechtsbewusstsein also keine Spur.

Wie der Menschenrechtsaktivist Miguel Ángel Albizures in einem Kommentar in *El Periódico* schrieb, gibt es in der Presse nicht nur Zustimmung dafür, dass Richterinnen wie Yasmín Barrios die Mauer der Straffreiheit nieder zu reißen beginnen. Er nennt etwa den Kolumnisten der *Prensa Libre*, Alfred Kaltschmitt, der – wie ¡Fijáte!-LeserInnen wissen – selbst in jener Zeit an der Seite der Mächtigen wirkte und sich fragte, warum eine Richterin wie Barrios oberste Richterin dieser Verfahren sein könne. (*El Periódico*)

Óscar Berger bestreitet, dass die Tötung der Angeklagten von Pavón geplant wurde

Guatemala-Stadt, 18. Sept. Ein prominenter Zeuge, der ehemalige Präsident Óscar Berger, sagte im Prozess gegen den ehemaligen Subdirektor der Zivilen Nationalpolizei (PNC), Javier Figueroa, im österreichischen Ried im Innkreis aus: Er bestritt, dass es einen Plan der aussergerichtlichen Tötung gegeben habe. Figueroa muss sich wegen der Verwicklung in die Morde von sieben Angeklagten im Jahre 2006 im Zuge der sogenannten Operation Pavo Real verantworten.

Berger bestritt auch jegliche Kenntnis einer Parallelstruktur, die aus hohen Funktionären des Innenministeriums bestanden und dazu gedient haben soll, Häftlinge zu eliminieren.

Während der zweistündigen Zeugenbefragung versicherte der Ex-Präsident, dass es keine Treffen gegeben habe, um die Tötung der Angeklagten zu planen. Er argumentierte, dass er in den Zeiten, an denen solche Treffen angeblich stattgefunden haben sollen, in New York gewesen sei. Damit bestritt er auch die Anschuldigungen durch die *Internationale Kommission gegen die Straffreiheit in Guatemala* (CICIG), dass Figueroa und andere hohe Funktionäre eine kriminelle Struktur aufgebaut hätten, um in zwei Operationen (2005 und 2006, also während der Amtszeit Bergers) illegale Hinrichtungen gegenüber Strafgefangenen vorzunehmen. Zum Sachverhalt sagte der Ex-Präsident, dass die Strafgefangenen das Gefängnis beherrscht hätten und dass die Behörden "das nicht tolerieren konnten". Er wies darauf hin, dass die Verantwortlichen bereits im Vorfeld die Presse wie auch Menschenrechtsorganisationen über die Operationen informiert hätten und dass während der polizeilichen Aktion die Strafgefangenen Widerstand geleistet haben, wobei es "leider Tote gegeben hat." Berger kritisierte die CICIG scharf und warf ihr vor, dass sie Asyl und Zeugenschutz für bestimmte Aussagen als Gegenleistung gewähre.

Der Prozess gegen Figueroa wird mit neuen Zeugenvernehmungen fortgeführt. Er findet in Österreich statt, weil sich das Land 2011 weigerte, den Angeklagten nach Guatemala auszuliefern, da es nicht an einen fairen Prozess in Guatemala glaubt (¡Fijáte! berichtete schon häufiger darüber). Figueroa kam 2007 nach Österreich, wo ihm auch politisches Asyl gewährt wurde. Er liess sich in Oberösterreich nieder. 2011 wurde er in Untersuchungshaft genommen, da ihm eine Beteiligung an den Ereignissen vom 25. September 2006, die zu dem Tod von den sieben Inhaftierte führte, vorgeworfen wird. (*Prensa Libre*)

Datenbank von identifizierten Verschwundenen und Opfern

Guatemala-Stadt, 19. Sept. 200 Personen, die während des Bürgerkrieges verschwanden, konnten über die DNA-Daten in einer 2008 angelegten Datenbank der *Stiftung für forensische Anthropologie* (FAFG) eindeutig zugeordnet werden. Die Überreste wurden nun den Angehörigen übergeben.

Wie deren Leiter, Fredy Peccerelli, mitteilte, konnten DNA-Proben von fast 10.000 Personen erhoben werden, die Angehörige verloren haben: "Diese 10.000 Proben wurden über unsere nationale Gendatenbank erhoben. Es handelt sich um Fälle, bei denen die Identifizierung von Opfern nur über diese Methode vorgenommen werden konnte", sagte Peccerelli. Zu diese Zahlen kommen noch weitere 3.000 DNA-Proben. Diese stammen von den Opfern gezielter Tötungen oder aus Massakern, die durch ein multidisziplinäres System identifiziert wurden, das osteologische Methoden und Recherchen mit der sozialen Begleitung der Familienangehörigen verbindet.

Peccerelli kündigte an, dass es bis zum Ende dieses Jahres eine öffentliche Datenbank mit den Namen der Personen, die als verschwunden gelten, und den Namen der identifizierten Opfer geben werde.

Die Stiftung hat einen grossen Beitrag dazu geleistet, die Opfer der Massaker, die von dem guatemaltekischen Militär sowie von Zivilen Patrouillen (PAC) begangen worden sind, zu identifizieren. Ein Beispiel ist der Fall der 800 Gebeine von Angehörigen der Ixil, die zwischen dem 23. März 1982 und 3. August 1983 ermordet wurden, also insgesamt 1.771 Menschen, deren Ermordung zahlreichen Generälen zur Last gelegt werden, u.a. Rios Montt. (*La Hora*)

Verschwundene Gewehrketten

Guatemala Stadt/Petén, 21. Sept. Mindestens 1.449 Projektilen für M-79-Gewehre (40mm) verschwanden nach internen Quellen des Militärs aus den Beständen der 1. Infanteriebrigade des Luftfahrtkommandos Nord im Departement Petén – und zwar im Zeitraum zwischen Januar 2012 und März 2013. Dieser Waffenschwund fand in der Zeit statt, in der General Juventino Saavedra Carrascosa und der noch amtierende Chef des Generalstabs General Rudy Ortíz Ruiz die Verantwortung trugen bzw. noch immer tragen. Beide waren nach Angaben der Zeitung *El Periódico* dort stationiert. Als Quelle der Information nennt die Zeitung die Presseerklärung C662/2013 der Staatsanwaltschaft vom 16. März 2013. Die 1. Infanteriebrigade des Luftfahrtkommandos Nord ist eine der wichtigsten im Lande, da sie zum einen für die Grenzkontrollen an der Grenze zu Mexiko und Belize zuständig ist, zum anderen für die Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität.

Der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Erick Escobedo, bestätigte den Sachverhalt: "Bei einer Revision bemerkten wir, dass genau 1.449 Stück Munition des Kalibers 40 mm fehlten. Darüber informierten wir den Kommandanten der Brigade. Es wurde eine interne Untersuchung eingeleitet, die mit einer administrativen Bestrafung der dafür Verantwortlichen beendet wurde. Zugleich wurde ein Antrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt, den Fall zu untersuchen, was aktuell der Fall ist. Das Militär arbeitet zu jedem Zeitpunkt mit dieser zusammen und liefert jede Information, die diese benötigt."

Allerdings erklärte der Pressesprecher des Präsidialamtes, Francisco Cuevas, dass er von dem Sachverhalt nichts wisse: "Wir haben keine Details, aber falls eine Anzeige existieren soll, dann werden sich die zuständigen Instanzen darum kümmern. Die Verantwortlichen müssen vor Gericht gebracht werden."

Dies ist bereits der zweite Raub an hoch-kalibrigen Waffen in der Regierungszeit von Otto Pérez Molina. Im November vergangenen Jahres hielten BäuerInnen aus Mataquesuintla, Department Jalapa, einen Laster und vier Pickups an, die 225 Kisten mit explosivem Material geladen hatten, insgesamt 3.000 Zündkapseln. Die Fahrzeuge fuhren Richtung San Rafael Las Flores, Department Santa Rosa. Militärsprecher Escobedo verdächtigte GegnerInnen des Bergbaus: "Während einer Demonstration gegen den Bergbau schafften es BäuerInnen, ein Fahrzeug mit explosiven Stoffen anzuhalten und zu rauben."

Mindestens genauso wahrscheinlich ist jedoch, dass es Verbindungen zwischen Militär und kriminellen Strukturen gibt.

Wie auch immer. Nach Ansicht von ExpertInnen entwickelt sich Guatemala zu einem wichtigen Lieferanten von grosskalibrigen Waffen für Drogenbanden.

Eine Karte der organisierten Kriminalität

Guatemala-Stadt, 18. Sept. Die US-amerikanische Institution *InSight Crime* (Organisierte Kriminalität in Amerika), hat eine neue Publikation veröffentlicht, in der sie nun die Gruppen, Familien, Führungspersönlichkeiten und Handelsrouten des Drogenhandels in Guatemala auflistet. Die Autoren des Dokuments gehen davon aus, dass die Bande der Zetas im Rückgang begriffen sei, was "eine enorme Bewegung" in der kriminellen Szene Guatemalas ausgelöst habe. Das habe dazu geführt, dass nun mehrere kleinere Gruppen um Marktanteile kämpfen, um "jenen Appetit zu stillen, den der mächtigste Akteur ihnen gelassen habe, das Kartell Sinaloa".

Nach dem Bericht werden 350 Tonnen Kokain durch Guatemala geschleust, wobei die Transporteure für ihre Dienstleistung zwischen 2.000 bis 2.500 US-\$ verdienen. Das heisst nur für Guatemala ein Markt von 1 Milliarde US-\$.

Die Bosse in Guatemala

Laut *InSight Crime* beansprucht – bezogen auf Guatemala – die Familie Lorenzana das grösste Gebiet auf dem Territorium Guatemalas, nämlich den Petén, Santa Rosa, Jutiapa und Jalapa, Guatemala und alle Departments im Zentrum (Quiché, Sololá etc.), als ihren Machtbereich. Deren führende Kräfte, Waldemar Lorenzana Lima und zwei andere befinden sich derzeit in Untersuchungshaft, obwohl sie doch – nach eigenen Angaben – lediglich Geschäftsmänner seien. Sie ist familiär verknüpft mit der in Zacapa arbeitenden Jairo Orellana.

Ein Streifen in den Departments Petén und in Izabal wird weitestgehend von der Familie Mendoza kontrolliert. Die International Crisis Group nennt sie eine der "Unberührbaren", da es keinerlei Ermittlungen gegen die Familie gebe, weder in Guatemala, noch anderswo. ExpertInnen schätzen sie jedoch als "Stütze der kriminellen Welt" ein, die insbesondere die wichtigsten Drogenrouten kontrolliere.

Im Jahre 2008 begann die Offensive der gewalttätigsten aller Gruppen, der mexikanischen Zetas. Sie konzentrieren sich auf die Departments Petén, Huehuetango und Quiché und versuchen den Flaschenhals der Drogenrouten Zentralamerikas zu kontrollieren. Die Zetas brauchen beim Kokainhandel Guatemala als Ort des Empfangs und des Kaufs von Drogen, da sie – im Gegensatz zum Kartell von Sinaloa – über keine direkten Kontakte in den lateinamerikanischen Herkunftsländern verfügen. Sie kaufen also ihr Kokain in Guatemala und Honduras. Das angesprochene hohe Niveau der Gewalt äusserte sich in der Ermordung der 'traditionellen' Drogenkuriere Juancho León, Haroldo León und Giovanny España, in den Drohungen gegenüber politisch Mächtigen, etwa die Familie des Präsidentschaftskandidaten Manuel Baldizón, in der Ermordung eines Staatsanwalts, oder auch anhand dem Massaker an 27 LandarbeiterInnen auf der Ranch von Raúl Otto Salguero im Petén. Diese Gewaltorgien eröffneten allerdings - laut Studie der Regierung - den Anlass zum Handeln. In der Grafik, die im Bericht zu sehen ist, beschränkt sich der Einfluss der Zeta hauptsächlich auf Sayaxché und die Verapaces.

Daneben nennt die Grafik als weitere kriminelle Gruppen die sogenannten Huistas (Clan der Samayoa) und die Familie Villatoro, die im äussersten Westen angesiedelt sind. Letztere werden im Zusammenhang mit der Ermordung von neun Polizisten sowie der Enthauptung eines Polizeinspektors steckbrieflich gesucht.

Im Süden arbeiten die Sarceno, vor allem in Escuintla und Santa Rosa, einigen der gewalttätigsten Departments in Guatemala. In der Hauptstadt schliesslich treiben Los Caraduras ihr Unwesen. Ihre Bosse, die Gebrüder Dominguez Higueros, betreiben ihr Geschäft aus dem Gefängnis heraus.

Einige Verhaftungen, aber Rückgang bei der Beschlagnahmung von Drogen

InSight Crime führt aus, dass unter der Verwaltung von der obersten Staatsanwältin, Claudia Paz y Paz, eine intensivere Form der Jagd nach Mitgliedern der Zetas begonnen habe. So wurden unter anderem Hugo Álvaro Gómez Vásquez, Horst Walther Overdick und Abner Milián Quijada verhaftet, insgesamt etwa 100 Personen.

Nach Angaben der Abteilung für die Analyse von Anti-Drogen-Informationen (SGAIA) der Zivilen Nationalpolizei (PNC) wurden bis zum 4. September diesen Jahres 2.236 kg Kokain beschlagnahmt, im gesamten Vorjahr waren es 3.292 kg.

Hinzu kommen 5 kg Heroin in diesem Jahr und 13 kg im vergangenen. Bei den Heroin-Grammpäckchen waren es 938 im Vergleich zu 1.575 im vergangenen Jahr. Gesunken ist auch die Zahl der konfiszierten synthetischen Drogen von bisher in diesem Jahr 314 Tonnen im Gegensatz zu den 714 Tonnen im gesamten Jahr 2012. Ansteigend war nur die beschlagnahmte Menge bei Marihuana und Opium.

¡Fijáte!<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com
Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg
Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V., Jahresabonnement 50.-€
Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6